

Zukunftsforum Stahl



Welchen Beitrag kann die Stahl-
industrie zum Klimaschutz leisten?

Politik und Stahlindustrie im Dialog.



Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Verringerung der Treibhausgasemissionen zum Schutz des Klimas ist eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben, der sich auch die Stahlindustrie stellt. Doch stoßen die Stahlunternehmen mit den bestehenden hocheffizienten Produktionsverfahren mittlerweile bei der Emissionsreduzierung an physikalisch-technische Grenzen. Zwar laufen seit Jahren intensive Aktivitäten für die Erforschung neuer Technologien. Diese sind jedoch langfristig angelegt und können sicherlich nicht vor 2020 zur großtechnischen Umsetzung führen.

Insgesamt zeigte sich: Klimaschutz muss einhergehen mit Wirtschaftlichkeit, technischer Machbarkeit und internationalem Wettbewerb. Für die Stahlerzeugung, die ohne die Freisetzung von CO₂ nicht auskommt und im globalen Wettbewerb steht, sind Klimaschutz-Auflagen von existenzieller Bedeutung. Die Rolle der Stahlindustrie in Deutschland im Klimaschutz wird in den nachfolgenden fünf Thesen beschrieben.

Diese Thesen standen im Mittelpunkt einer Diskussion am 29. Mai 2008 in Berlin. Was kann die Stahlindustrie zum Klimaschutz beitragen? Diese Frage erörterten Katherina Reiche, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Meyer, Abteilungsleiter Industriepolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dr. Joachim Ehrenberg, Business Administrator Sustainable Industry Policy, Europäische Kommission sowie Prof. Dieter Ameling, ehemaliger Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl beim industriepolitischen Frühstück am 29. Mai 2008 in Berlin.

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl



Stahlindustrie und Klimaschutz

1. Die Stahlindustrie in Deutschland bekennt sich zu Ihrer Verantwortung für den Klimaschutz.

Die Verringerung der Treibhausgasemissionen zum Schutz des Klimas ist von Politik und Gesellschaft als wichtige Zukunftsaufgabe definiert worden, der sich auch die Wirtschaft stellen muss. Dieses Ziel unterstützt auch die Stahlindustrie. Das Primat der Politik besagt, dass die Politik die übergeordneten Ziele und Rahmenbedingungen definiert, innerhalb derer sich die Wirtschaft bewegt. Die Politik muss aber Augenmaß walten lassen, um ökologische, ökonomische und soziale Erfordernisse im Sinne nachhaltiger Politik gleichgewichtig zu berücksichtigen.

2. Eine leistungsfähige Stahlindustrie ist unverzichtbar für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland und eine nachhaltige Klimapolitik.

Die Stahlindustrie bildet die Basis der industriellen Wertschöpfungsketten aus Stahlerzeugern, Stahlhandel, Stahlumformung und Weiterverarbeitung, die knapp 4 Millionen Menschen in Deutschland Beschäftigung gibt. Mit dem Wandel vom Werkstofflieferanten zum Systempartner trägt die Stahlindustrie wesentlich dazu bei, die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der Stahlverarbeiter durch die Entwicklung und Bereitstellung innovativer Stahlprodukte zu sichern. Auch aus umweltpolitischer Sicht spielt die Stahlindustrie in Deutschland und der Europäischen Union eine zentrale Rolle, da sie global eine Vorreiterrolle bei Umweltverträglichkeit sowie bei energie- und ressourceneffizienten Werkstoffen und Produktionsverfahren einnimmt. Nicht zuletzt wegen seiner hervorragenden Recycling-Eigenschaften ist Stahl als Werkstoff für den Klimaschutz Teil der Lösung.

3. Die Stahlindustrie in Deutschland hat beim effizienten Einsatz von Energie und Rohstoffen international eine Spitzenstellung und ist ständig bestrebt, ihre CO₂-Emissionen weiter zu mindern.

Aus Gründen der Ressourceneffizienz und aus Verantwortung für die Umwelt ist die Stahlindustrie in Deutschland fortlaufend bemüht, den Ausstoß von Kohlendioxid zu minimieren. Der Reduktionsmittelverbrauch der Stahlindustrie in Deutschland ist weltweit am niedrigsten und liegt am verfahrenstechnischen Minimum. Die Stahlindustrie hat bewiesen, dass sie schon aus wirtschaftlichen Gründen ihre Potenziale zur Energieeinsparung ausschöpft. Seit 1960 hat sie ihren spezifischen Energieverbrauch um 40 Prozent und ihre CO₂-Emissionen entsprechend gesenkt. Im Rahmen der Selbstverpflichtung hat die Stahlindustrie in Deutschland ihre spezifischen CO₂-Emissionen von 1990 bis 2007 um rund 16 Prozent reduziert. Bis 2012 sollen weitere 6 Prozentpunkte erreicht werden.

4. Die geplante Versteigerung von Emissionsrechten im Rahmen des europäischen Emissionshandels würde die Stahlindustrie in die Abwanderung zwingen. Eine auf Benchmarks basierende kostenfreie Zuteilung und technisch vertretbare Minderungsziele sind auch nach 2012 unabdingbar.

Richtig ausgestaltet, kann der Emissionshandel ein sinnvolles Instrument sein, um die Kosten des Klimaschutzes zu minimieren. Für Branchen die im internationalen Wettbewerb stehen, kann er aber nur funktionieren, wenn er weltweit mit den gleichen Regeln und Anforderungen Anwendung findet. Solange dies nicht der Fall ist, führt die durch die EU vorgeschlagene Versteigerung von Zertifikaten und ein Minderungsziel von 21 Prozent bis 2020 gegenüber 2005 zu massiven Kostenbelastungen gegenüber außereuropäischen Regionen bzw. Wettbewerbern ohne Emissionshandel. Die Folge wäre eine Verlagerung der Stahlproduktion an außereuropäische Standorte. Dem Klimaschutz wäre nicht gedient, stattdessen würde der CO₂-Ausstoß nur ausgelagert („carbon leakage“) und global gesehen bei geringer Effizienz noch vergrößert. Die Politik muss durch eine zwar auf der Grundlage von technischen Benchmarks ambitionierte, aber gleichwohl kostenfreie Zuteilung dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland und Europa erhalten bleibt. Auch für die Erhöhung der Strompreise muss ein Ausgleich geschaffen werden, insbesondere für die Elektrostahlwerke, deren Hauptbelastungen bei der Beschaffung elektrischer Energie liegen.

5. Die Stahlindustrie will den Fortschritt und betreibt Forschung für neue CO₂-ärmere Produktionsverfahren. Die Politik muss aber Rücksicht darauf nehmen, dass Ergebnisse daraus und deren Umsetzung nur langfristig zu erwarten sind.

Die Stahlerzeugung auf der etablierten Hochofen-/Oxygenstahl-Verfahrensrouten ist in den vergangenen Jahrzehnten soweit optimiert worden, dass in den nächsten Jahren keine sprunghaften Emissionsminderungen mehr möglich sind. Um in Zukunft deutliche Treibhausgas-minderungen zu erreichen, wären neue Verfahren auf der Grundlage bahnbrechender Technologien notwendig. Daran forscht die Stahlindustrie, um sich an der Suche nach den erforderlichen Problemlösungen zu beteiligen. Beispielsweise mit dem Projekt ULCOS „Ultra Low CO₂ Steelmaking“ hat sich ein Konsortium aus 48 europäischen Unternehmen und Organisationen zu einer gemeinsamen Forschungsinitiative zusammengeschlossen, in dessen Rahmen neue Verfahren auf Basis richtungsweisender Technologien untersucht werden, die das Potenzial haben könnten, die spezifischen CO₂-Emissionen bei der Stahlerzeugung auf Eisenerz-Basis um bis zu 50 Prozent zu verringern. Es handelt sich um Optionen der Stahlerzeugung, deren technologische und ökonomische Funktionsfähigkeit noch nicht erwiesen ist. Die Forschung ist daher sehr langfristig bis 2050 angelegt und wird nicht vor 2020 zur großtechnischen Umsetzung führen können. Dies gilt zum Beispiel für die Option der Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS), die technologisch möglich erscheint, aber international noch nicht wettbewerbsfähig ist. Auch gesellschaftliche Akzeptanz und rechtliche Realisierbarkeit müssen sich noch erweisen.

Bis dahin muss die Stahlindustrie von der Politik erwarten dürfen, dass die hier und jetzt vorhandenen technologischen Restriktionen und Kostenzwänge des globalen Wettbewerbs für die Stahlindustrie anerkannt werden. Die Politik muss ausreichenden Freiraum zur Erforschung und Erprobung gänzlich neuer Verfahren gewähren, ohne daraus bereits politische Verpflichtungen vorwegzunehmen. Außerdem sollte sie die Forschungsanstrengungen der Stahlindustrie stärker begleiten.